

1980

Ausgegeben zu Bonn am 13. Juni 1980

Nr. 23

Tag	Inhalt	Seite
9. 6. 80	<b>Gesetz zu den Protokollen vom 19. November 1976 und vom 5. Juli 1978 über die Ersetzung des Goldfrankens durch das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds sowie zur Regelung der Umrechnung des Goldfrankens in haftungsrechtlichen Bestimmungen (Goldfrankenrechnungsgesetz)</b> ..... <small>neu: 188-25; 938-2, neu: 188-26; 188-13, 4100-1</small>	721
20. 5. 80	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Immunitäten der Staatsschiffe .....	738
21. 5. 80	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Finanzielle Zusammenarbeit .....	739
21. 5. 80	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Europäischen Ordnung der Sozialen Sicherheit und des Protokolls zur Europäischen Ordnung der Sozialen Sicherheit .....	741
22. 5. 80	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali über Finanzielle Zusammenarbeit .....	741
29. 5. 80	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-luxemburgischen Abkommens über verschiedene Fragen der Sozialen Sicherheit .....	743
29. 5. 80	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung und des deutsch-dänischen Abkommens über den Verzicht auf die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen bei Krankheit, Mutterschaft, Arbeitsunfall und Berufskrankheit, der Leistungen an Arbeitslose sowie der Kosten für verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrollen .....	743
	<small>828-2-30</small>	
2. 6. 80	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe .....	744

**Gesetz  
zu den Protokollen vom 19. November 1976 und vom 5. Juli 1978  
über die Ersetzung des Goldfrankens  
durch das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds  
sowie zur Regelung der Umrechnung des Goldfrankens  
in haftungsrechtlichen Bestimmungen  
(Goldfrankenrechnungsgesetz)**

Vom 9. Juni 1980

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Den folgenden Protokollen wird zugestimmt:

1. Dem in London am 16. Dezember 1977 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll vom 19. November 1976 zum Internationalen Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1975 II S. 301, 305);
2. dem in London am 16. Dezember 1977 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll vom 19. November 1976 zum Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1975 II S. 301, 320);
3. dem in Genf am 1. November 1978 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll vom

5. Juli 1978 zum Übereinkommen von 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (BGBl. 1961 II S. 1119).

Die Protokolle werden nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

(1) Die Umrechnung der in Artikel V Abs. 9 Satz 1 des Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden genannten Werteinheit von 65 1/2 Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt in Deutsche Mark wird bis zu dem Zeitpunkt, zu dem das in Artikel 1 Satz 1 Nr. 1 dieses Gesetzes bezeichnete Protokoll vom 19. November 1976 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, über das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds vorgenommen, wobei fünfzehn Werteinheiten einem Sonderziehungsrecht entsprechen. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark wird

nach der Berechnungsmethode ermittelt, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet.

(2) Die Umrechnung des in Artikel 1 Nr. 4 des Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden genannten Frankens in Deutsche Mark richtet sich bis zu dem Zeitpunkt nach Absatz 1, zu dem das in Artikel 1 Satz 1 Nr. 2 dieses Gesetzes bezeichnete Protokoll vom 19. November 1976 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

### Artikel 3

Die Umrechnung des in Artikel 23 Abs. 3 Satz 2 des Übereinkommens von 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr genannten Goldfrankens im Gewicht von  $1\frac{1}{31}$  Gramm und 0,900 Feingehalt in Deutsche Mark wird bis zu dem Zeitpunkt, zu dem das in Artikel 1 Satz 1 Nr. 3 dieses Gesetzes bezeichnete Protokoll vom 5. Juli 1978 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, über das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds vorgenommen, wobei drei Goldfranken einem Sonderziehungsrecht entsprechen. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark wird nach der Berechnungsmethode ermittelt, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet.

### Artikel 4

Nach Artikel 2 des Gesetzes vom 26. April 1974 zu dem Zusatzübereinkommen vom 26. Februar 1966 zum Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr vom 25. Februar 1961 über die Haftung der Eisenbahn für Tötung und Verletzung von Reisenden sowie zu den Internationalen Übereinkommen vom 7. Februar 1970 über den Eisenbahnfrachtverkehr und über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (BGBl. 1974 II S. 357) wird folgender Artikel 2 a eingefügt:

#### „Artikel 2 a

Die Umrechnung des in Artikel 57 § 1 des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM), in Artikel 53 § 1 des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) und in Artikel 21 des Zusatzübereinkommens zur CIV über die Haftung der Eisenbahn für Tötung und Verletzung von Reisenden genannten Goldfrankens im Gewicht von  $1\frac{1}{31}$  Gramm und 0,900 Feingehalt in Deutsche Mark wird über das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds vorgenommen, wobei drei Goldfranken einem Sonderziehungsrecht entsprechen. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark wird nach der Berechnungsmethode ermittelt, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet.“

### Artikel 5

Nach Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Juni 1972 zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1957 über die

Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen und zu den auf der IX. Diplomatischen Seerechtskonferenz in Brüssel am 10. Mai 1952 geschlossenen Übereinkommen (BGBl. 1972 II S. 653) wird folgender Artikel 1 a eingefügt:

#### „Artikel 1 a

Die Umrechnung der in Artikel 3 Abs. 6 Satz 1 des Übereinkommens vom 10. Oktober 1957 über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen genannten Werteinheit von  $65\frac{1}{2}$  Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt in Deutsche Mark wird über das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds vorgenommen, wobei fünfzehn Werteinheiten einem Sonderziehungsrecht entsprechen. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark wird nach der Berechnungsmethode ermittelt, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet.“

### Artikel 6

Nach Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juli 1975 zu den Pariser und Brüsseler Atomhaftungs-Übereinkommen (BGBl. 1975 II S. 957) wird folgender Artikel 1 a eingefügt:

#### „Artikel 1 a

Die Umrechnung der in Artikel III Abs. 4 Satz 1 des Übereinkommens vom 25. Mai 1962 über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen genannten Rechnungseinheit im Werte von  $65\frac{1}{2}$  Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt in Deutsche Mark wird über das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds vorgenommen, wobei fünfzehn Werteinheiten einem Sonderziehungsrecht entsprechen. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark wird nach der Berechnungsmethode ermittelt, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet.“

### Artikel 7

§ 487 a Abs. 3 des Handelsgesetzbuches erhält folgende Fassung:

„(3) Für jede Raumtonne sind  $206\frac{2}{3}$  Rechnungseinheiten anzusetzen. Sind aus dem Ereignis nur Ansprüche wegen Sachschäden entstanden oder können außerdem entstandene Ansprüche wegen Personenschäden nicht mehr geltend gemacht werden, so sind für jede Raumtonne nur  $66\frac{2}{3}$  Rechnungseinheiten anzusetzen. Die in den Sätzen 1 und 2 genannte Rechnungseinheit ist das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds. Bei der Berechnung der Haftungssumme ist von dem Wert der Deutschen Mark gegenüber dem Sonderziehungsrecht im Zeitpunkt der Eröffnung des Verteilungsverfahrens auszugehen. Der Wert der Deutschen Mark gegenüber dem Sonderziehungsrecht wird nach der Berechnungsmethode ermittelt, die der Internationale Währungsfonds an diesem Tage für seine Operationen und Transaktionen anwendet.“

### Artikel 8

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

**Artikel 9**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem

– das Protokoll zum Internationalen Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden nach seinem Artikel V,

– das Protokoll zum Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden nach seinem Artikel VI,

– das Protokoll zum Übereinkommen von 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr nach seinem Artikel 4

für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

---

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 9. Juni 1980

**Der Bundespräsident  
Carstens**

**Der Bundeskanzler  
Schmidt**

**Der Bundesminister der Justiz  
Dr. Vogel**

**Der Bundesminister für Verkehr  
K. Gscheidle**

**Der Bundesminister des Auswärtigen  
Genscher**

**Protokoll  
zum Internationalen Übereinkommen von 1969  
über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden**

**Protocol  
to the International Convention on Civil Liability  
for Oil Pollution Damage, 1969**

**Protocole  
de la Convention internationale de 1969  
sur la responsabilité civile pour les dommages  
dus à la pollution par les hydrocarbures**

(Übersetzung)

THE PARTIES TO THE PRESENT  
PROTOCOL,

BEING PARTIES to the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, done at Brussels on 29 November 1969;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

**Article I**

For the purpose of the present Protocol:

1. "Convention" means the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1969.
2. "Organization" has the same meaning as in the Convention.
3. "Secretary-General" means the Secretary-General of the Organization.

**Article II**

Article V of the Convention is amended as follows:

(1) Paragraph 1 is replaced by the following text:

"The owner of a ship shall be entitled to limit his liability under this Convention in respect of any one incident to an aggregate amount of 133 units of account for each ton of the ship's tonnage. However, this aggregate

LES PARTIES AU PRESENT PROTOCOLE,

ETANT PARTIES à la Convention internationale sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, faite à Bruxelles le 29 novembre 1969,

SONT CONVENUES de ce qui suit:

**Article I**

Aux fins du présent Protocole:

1. «Convention» signifie la Convention internationale de 1969 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures.
2. «Organisation» a le même sens que dans la Convention.
3. «Secrétaire général» signifie le Secrétaire général de l'Organisation.

**Article II**

L'article V de la Convention est modifié comme suit:

1) Le paragraphe 1 est remplacé par le texte suivant:

«Le propriétaire d'un navire est en droit de limiter sa responsabilité aux termes de la présente Convention à un montant total par événement de 133 unités de compte par tonneau de jauge du navire. Toutefois, ce mon-

DIE VERTRAGSPARTEIEN DIESES PROTOKOLLS —

ALS VERTRAGSPARTEIEN des am 29. November 1969 in Brüssel beschlossenen Internationalen Übereinkommens über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

**Artikel I**

Im Sinn dieses Protokolls haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. „Übereinkommen“ bedeutet das Internationale Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden,
2. „Organisation“ hat die gleiche Bedeutung wie im Übereinkommen,
3. „Generalsekretär“ bedeutet den Generalsekretär der Organisation.

**Artikel II**

Artikel V des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

(1) Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Der Eigentümer eines Schiffes ist berechtigt, seine Haftung auf Grund dieses Übereinkommens für jedes Ereignis auf einen Gesamtbetrag von 133 Rechnungseinheiten je Tonne Raumgehalt des Schiffes zu beschrän-

gate amount shall not in any event exceed 14 million units of account."

(2) Paragraph 9 is replaced by the following text:

9 (a) The "unit of account" referred to in paragraph 1 of this Article is the Special Drawing Right as defined by the International Monetary Fund. The amounts mentioned in paragraph 1 shall be converted into the national currency of the State in which the fund is being constituted on the basis of the value of that currency by reference to the Special Drawing Right on the date of the constitution of the fund. The value of the national currency, in terms of the Special Drawing Right, of a Contracting State which is a member of the International Monetary Fund, shall be calculated in accordance with the method of valuation applied by the International Monetary Fund in effect at the date in question for its operations and transactions. The value of the national currency, in terms of the Special Drawing Right, of a Contracting State which is not a member of the International Monetary Fund, shall be calculated in a manner determined by that State.

9 (b) Nevertheless, a Contracting State which is not a member of the International Monetary Fund and whose law does not permit the application of the provisions of paragraph 9 (a) of this Article may, at the time of ratification, acceptance, approval of or accession to the present Convention, or at any time thereafter, declare that the limits of liability provided for in paragraph 1 to be applied in its territory shall, in respect of any one incident, be an aggregate of 2,000 monetary units for each ton of the ship's tonnage provided that this aggregate amount shall not in any event exceed 210 million monetary units. The monetary unit referred to in this paragraph corresponds to sixty-five and a half milligrammes of gold of millesimal fineness nine hundred. The conversion of these amounts into the national currency shall be made according to the law of the State concerned.

9 (c) The calculation mentioned in the last sentence of paragraph 9 (a) and the conversion mentioned in paragraph 9 (b) shall be made in such a manner as to express in the national currency of the Contracting State as far as possible the same real value for the amounts in paragraph 1 as is expressed there in units of account. Contracting States shall communicate to the depositary the manner of calculation pursuant to paragraph 9 (a), or the result of the conversion in paragraph 9 (b) as the case may be, when depositing an instrument refer-

tant total ne peut en aucun cas excéder 14 millions d'unités de compte."

2) Le paragraphe 9 est remplacé par le texte suivant:

9. a) L'«unité de compte» visée au paragraphe 1 du présent article est le Droit de tirage spécial tel que défini par le Fonds monétaire international. Les montants mentionnés au paragraphe 1 sont convertis dans la monnaie nationale de l'Etat dans lequel le fonds est constitué sur la base de la valeur de cette monnaie par rapport au Droit de tirage spécial à la date de la constitution du fonds. La valeur, en Droit de tirage spécial, de la monnaie nationale d'un Etat contractant qui est membre du Fonds monétaire international, est calculée selon la méthode d'évaluation appliquée par le Fonds monétaire international à la date en question pour ses propres opérations et transactions. La valeur, en Droit de tirage spécial, de la monnaie nationale d'un Etat contractant qui n'est pas membre du Fonds monétaire international, est calculée de la façon déterminée par cet Etat.

b) Toutefois, un Etat contractant qui n'est pas membre du Fonds monétaire international et dont la législation ne permet pas d'appliquer les dispositions du paragraphe 9 a) du présent article peut, au moment de la ratification, de l'acceptation, de l'approbation de la présente Convention ou de l'adhésion à celle-ci, ou à tout moment par la suite, déclarer que la limite de la responsabilité prévue au paragraphe 1 et applicable sur son territoire est fixée, par événement, à un total de 2 000 unités monétaires par tonneau de jauge du navire, étant entendu que ce montant total ne devra en aucun cas excéder 210 millions d'unités monétaires. L'unité monétaire visée dans le présent paragraphe correspond à soixante-cinq milligrammes et demi d'or au titre de neuf cents millièmes de fin. La conversion de ces montants en monnaie nationale s'effectue conformément à la législation de l'Etat en cause.

c) Le calcul mentionné à la dernière phrase du paragraphe 9 a) et la conversion mentionnée au paragraphe 9 b) doivent être faits de façon à exprimer en monnaie nationale de l'Etat contractant la même valeur réelle, dans la mesure du possible, que celle exprimée en unités de compte au paragraphe 1. Lors du dépôt d'un instrument visé à l'article IV et chaque fois qu'un changement se produit dans leur méthode de calcul ou dans la valeur de leur monnaie nationale par rapport à l'unité de compte ou à l'unité monétaire, les Etats contractants

ken. Der Gesamtbetrag darf jedoch 14 Millionen Rechnungseinheiten nicht überschreiten."

(2) Absatz 9 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(9) a) Die in Absatz 1 genannte „Rechnungseinheit“ ist das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds. Die in Absatz 1 genannten Beträge werden in die Landeswährung des Staates, in dem der Fonds errichtet wird, entsprechend dem Wert dieser Währung gegenüber dem Sonderziehungsrecht am Tag der Errichtung des Fonds umgerechnet. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Landeswährung eines Vertragsstaats, der Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist, wird nach der vom Internationalen Währungsfonds angewendeten Bewertungsmethode errechnet, die an dem betreffenden Tag für seine Operationen und Transaktionen gilt. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Landeswährung eines Vertragsstaats, der nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist, wird auf eine von diesem Staat bestimmte Weise errechnet.

b) Dessenungeachtet kann ein Vertragsstaat, der nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist und dessen Recht die Anwendung des Buchstabens a nicht zuläßt, bei der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung des Übereinkommens oder dem Beitritt zu dem Übereinkommen oder jederzeit danach erklären, daß die in seinem Hoheitsgebiet geltenden Haftungshöchstbeträge des Absatzes 1 für jedes Ereignis ein Gesamtbetrag von 2 000 Werteinheiten je Tonne Raumgehalt des Schiffes sind, wobei dieser Gesamtbetrag 210 Millionen Werteinheiten nicht überschreiten darf. Die in diesem Absatz genannte Werteinheit entspricht 65 1/2 Milligramm Gold von 900/1000 Feingehalt. Die Umrechnung dieser Beträge in die Landeswährung erfolgt nach dem Recht des betreffenden Staates.

c) Die unter Buchstabe a letzter Satz genannte Berechnung und die unter Buchstabe b genannte Umrechnung erfolgen in der Weise, daß die Beträge in Absatz 1, in der Landeswährung des Vertragsstaats ausgedrückt, soweit wie möglich dem dort in Rechnungseinheiten ausgedrückten tatsächlichen Wert entsprechen. Die Vertragsstaaten teilen dem Verwahrer die Art der Berechnung nach Buchstabe a oder das Ergebnis der Umrechnung nach Buchstabe b bei der Hinterlegung einer der in Artikel IV genannten Urkunden sowie immer

red to in Article IV and whenever there is a change in either.

#### Article III

1. The present Protocol shall be open for signature by any State which has signed the Convention or acceded thereto and by any State invited to attend the Conference to Revise the Unit of Account Provisions of the Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1969, held in London from 17 to 19 November 1976. The Protocol shall be open for signature from 1 February 1977 to 31 December 1977 at the Headquarters of the Organization.

2. Subject to paragraph 4 of this Article, the present Protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval by the States which have signed it.

3. Subject to paragraph 4 of this Article; this Protocol shall be open for accession by States which did not sign it.

4. The present Protocol may be ratified, accepted, approved or acceded to by States Parties to the Convention.

#### Article IV

1. Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of a formal instrument to that effect with the Secretary-General.

2. Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after the entry into force of an amendment to the present Protocol with respect to all existing Parties or after the completion of all measures required for the entry into force of the amendment with respect to all existing Parties, shall be deemed to apply to the Protocol as modified by the amendment.

#### Article V

1. The present Protocol shall enter into force for the States which have ratified, accepted, approved or acceded to it on the ninetieth day following the date on which eight States including five States each with not less than 1,000,000 gross tons of tanker tonnage have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession with the Secretary-General.

2. For each State which subsequently ratifies, accepts, approves or accedes to it, the present Protocol shall

communiquent au dépositaire leur méthode de calcul conformément au paragraphe 9 a), ou les résultats de la conversion conformément au paragraphe 9 b), selon le cas.

#### Article III

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature de tout Etat qui a signé la Convention ou qui y a adhéré et de tout Etat invité à participer à la Conférence chargée de réviser les dispositions de la Convention de 1969 sur la responsabilité civile pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, tenue à Londres du 17 au 19 novembre 1976. Le Protocole est ouvert à la signature du 1er février 1977 au 31 décembre 1977 au siège de l'Organisation.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4 du présent article, le présent Protocole est soumis à la ratification, à l'acceptation ou à l'approbation des Etats qui l'ont signé.

3. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4 du présent article, les Etats qui n'ont pas signé le présent Protocole peuvent y adhérer.

4. Les Etats Parties à la Convention peuvent ratifier, accepter ou approuver le présent Protocole, ou y adhérer.

#### Article IV

1. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument en bonne et due forme à cet effet auprès du Secrétaire général.

2. Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, déposé après l'entrée en vigueur d'un amendement au présent Protocole à l'égard de toutes les Parties existantes ou après l'accomplissement de toutes les mesures requises pour l'entrée en vigueur de l'amendement à l'égard desdites Parties, est réputé s'appliquer au Protocole modifié par l'amendement.

#### Article V

1. Le présent Protocole entre en vigueur à l'égard des Etats qui l'ont ratifié, accepté ou approuvé, ou qui y ont adhéré, le quatre-vingt-dixième jour après la date à laquelle huit Etats, dont cinq ayant chacun au moins 1 million de tonnes de jauge brute en navires-citernes, ont déposé un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion auprès du Secrétaire général.

2. Pour chacun des Etats qui ratifie, accepte, approuve le présent Protocole ou y adhèrent ultérieurement

dann mit, wenn sich die Berechnungsart oder das Umrechnungsergebnis ändert.

#### Artikel III

(1) Dieses Protokoll liegt für jeden Staat, der das Übereinkommen unterzeichnet hat oder ihm beigetreten ist, sowie für jeden Staat, der zur Teilnahme an der vom 17. bis 19. November 1976 in London abgehaltenen Konferenz zur Revision der Bestimmungen über die Rechnungseinheit in dem Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden eingeladen wurde, zur Unterzeichnung auf. Das Protokoll liegt vom 1. Februar 1977 bis zum 31. Dezember 1977 am Sitz der Organisation zur Unterzeichnung auf.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 4 bedarf dieses Protokoll der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Staaten, die es unterzeichnet haben.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 4 liegt dieses Protokoll für Staaten, die es nicht unterzeichnet haben, zum Beitritt auf.

(4) Die Vertragsparteien des Übereinkommens können dieses Protokoll ratifizieren, annehmen, genehmigen oder ihm beitreten.

#### Artikel IV

(1) Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer förmlichen Urkunde beim Generalsekretär.

(2) Jede Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde, die hinterlegt wird, nachdem eine Änderung dieses Protokolls für alle Vertragsparteien in Kraft getreten ist oder nachdem alle für das Inkrafttreten der Änderung für diese Vertragsparteien notwendigen Maßnahmen getroffen worden sind, gilt für das Protokoll in der geänderten Fassung.

#### Artikel V

(1) Dieses Protokoll tritt für die Staaten, die es ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben oder die ihm beigetreten sind, am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem acht Staaten, darunter fünf Staaten mit jeweils mindestens einer Million Bruttoregistertonnen Tankerraum, Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden beim Generalsekretär hinterlegt haben.

(2) Für jeden Staat, der dieses Protokoll später ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beitrifft, tritt es am

enter into force on the ninetieth day after the deposit by such State of the appropriate instrument.

#### Article VI

1. The present Protocol may be denounced by any Party at any time after the date on which the Protocol enters into force for that Party.

2. Denunciation shall be effected by the deposit of an instrument to that effect with the Secretary-General.

3. Denunciation shall take effect one year, or such longer period as may be specified in the instrument of denunciation, after its deposit with the Secretary-General.

#### Article VII

1. A Conference for the purpose of revising or amending the present Protocol may be convened by the Organization.

2. The Organization shall convene a Conference of Parties to the present Protocol for the purpose of revising or amending it at the request of not less than one-third of the Parties.

#### Article VIII

1. The present Protocol shall be deposited with the Secretary-General.

2. The Secretary-General shall:

(a) inform all States which have signed the present Protocol or acceded thereto of:

(i) each new signature or deposit of an instrument together with the date thereof;

(ii) the date of entry into force of the present Protocol;

(iii) the deposit of any instrument of denunciation of the present Protocol together with the date on which the denunciation takes effect;

(iv) any amendments to the present Protocol;

(b) transmit certified true copies of the present Protocol to all States which have signed the present Protocol or acceded thereto.

#### Article IX

As soon as the present Protocol enters into force, a certified true copy thereof shall be transmitted by the Secretary-General to the Secretariat of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

ment, celui-ci entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour après le dépôt par cet Etat de l'instrument approprié.

#### Article VI

1. Le présent Protocole peut être dénoncé par l'une quelconque des Parties à tout moment à compter de la date à laquelle il entre en vigueur à l'égard de cette Partie.

2. La dénonciation s'effectue par le dépôt d'un instrument à cet effet auprès du Secrétaire général.

3. La dénonciation prend effet un an après la date du dépôt de l'instrument auprès du Secrétaire général ou à l'expiration de toute période plus longue qui pourrait être spécifiée dans cet instrument.

#### Article VII

1. L'Organisation peut convoquer une conférence ayant pour objet de réviser ou d'amender le présent Protocole.

2. L'Organisation convoque une conférence des Parties au présent Protocole ayant pour objet de le réviser ou de l'amender, à la demande du tiers au moins des Parties.

#### Article VIII

1. Le présent Protocole est déposé auprès du Secrétaire général.

2. Le Secrétaire général:

a) informe tous les Etats qui ont signé le présent Protocole ou y ont adhéré:

i) de toute signature nouvelle ou de tout dépôt d'instrument nouveau, ainsi que de la date à laquelle cette signature ou ce dépôt sont intervenus;

ii) de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole;

iii) du dépôt de tout instrument de dénonciation du présent Protocole, ainsi que de la date à laquelle la dénonciation prend effet;

iv) de tout amendement au présent Protocole;

b) transmet des copies certifiées conformes du présent Protocole à tous les Etats qui ont signé le présent Protocole ou y ont adhéré.

#### Article IX

Dès l'entrée en vigueur du présent Protocole, le Secrétaire général en transmet une copie certifiée conforme au Secréariat de l'Organisation des Nations Unies en vue de son enregistrement et de sa publication conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

neunzigsten Tag nach Hinterlegung der entsprechenden Urkunde durch den betreffenden Staat in Kraft.

#### Artikel VI

(1) Dieses Protokoll kann von jeder Vertragspartei jederzeit gekündigt werden, nachdem es für die betreffende Vertragspartei in Kraft getreten ist.

(2) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär.

(3) Die Kündigung wird nach Ablauf eines Jahres oder eines längeren in der Kündigungsurkunde genannten Zeitraums nach Hinterlegung der Urkunde beim Generalsekretär wirksam.

#### Artikel VII

(1) Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Protokolls einberufen.

(2) Die Organisation hat eine Konferenz der Vertragsparteien zur Revision oder Änderung des Protokolls einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Vertragsparteien dies verlangt.

#### Artikel VIII

(1) Dieses Protokoll wird beim Generalsekretär hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär

a) unterrichtet alle Staaten, die das Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind,

i) von jeder weiteren Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Urkunde unter Angabe des Zeitpunkts;

ii) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls;

iii) von der Hinterlegung jeder Urkunde zur Kündigung dieses Protokolls unter Angabe des Zeitpunkts, zu dem die Kündigung wirksam wird;

iv) von jeder Änderung dieses Protokolls;

b) übermittelt allen Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften dieses Protokolls.

#### Artikel IX

Sobald dieses Protokoll in Kraft tritt, übermittelt der Generalsekretär dem Sekretariat der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift des Protokolls zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

## Article X

The present Protocol is established in a single original in the English and French languages, both texts being equally authentic. Official translations in the Russian and Spanish languages shall be prepared and deposited with the signed original.

DONE AT LONDON this nineteenth day of November one thousand nine hundred and seventy-six.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned being duly authorized for that purpose have signed the present Protocol.

## Article X

Le présent Protocole est établi en un seul exemplaire original en langues anglaise et française, les deux textes faisant également foi. Il en est établi des traductions officielles en langues espagnole et russe qui sont déposées avec l'exemplaire original revêtu des signatures.

FAIT A LONDRES ce dix-neuf novembre mil neuf cent soixante-seize.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Protocole.

## Artikel X

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Amtliche Übersetzungen in die russische und spanische Sprache werden angefertigt und mit der unterzeichneten Urschrift hinterlegt.

GESCHEHEN ZU LONDON am 19. November 1976.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

**Protokoll  
zum Internationalen Übereinkommen von 1971  
über die Errichtung eines Internationalen Fonds  
zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden**

**Protocol  
to the International Convention on the Establishment  
of an International Fund  
for Compensation for Oil Pollution Damage, 1971**

**Protocole  
de la Convention internationale de 1971  
portant création d'un fonds international d'indemnisation pour les dommages  
dus à la pollution par les hydrocarbures**

*(Übersetzung)*

THE PARTIES TO THE PRESENT PROTOCOL,

HAVING CONSIDERED the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, done at Brussels on 17 December 1971;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

**Article I**

For the purpose of the present Protocol:

1. "Convention" means the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, 1971.
2. "Liability Convention" has the same meaning as in the Convention.
3. "Organization" has the same meaning as in the Convention.
4. "Secretary-General" means the Secretary-General of the Organization.

**Article II**

Article 1, paragraph 4 of the Convention is replaced by the following text:

"Unit of Account" or "Monetary Unit" means the unit of account or monetary unit as the case may be, referred to in Article V of the Liability Convention, as amended by the Protocol thereto adopted on 19 November 1976.

LES PARTIES AU PRESENT PROTOCOLE,

AYANT EXAMINE la Convention internationale portant création d'un fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, faite à Bruxelles le 17 décembre 1971,

SONT CONVENUES de ce qui suit:

**Article I**

Aux fins du présent Protocole:

1. «Convention» désigne la Convention internationale de 1971 portant création d'un fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures.
2. «Convention sur la responsabilité» a le même sens que dans la Convention.
3. «Organisation» a le même sens que dans la Convention.
4. «Secrétaire général» désigne le Secrétaire général de l'Organisation.

**Article II**

Le paragraphe 1 de l'article 4 de la Convention est remplacé par le texte suivant:

Par «unité de compte» ou «unité monétaire», on entend l'unité de compte ou l'unité monétaire, selon le cas, visée à l'article V de la Convention sur la responsabilité, telle qu'elle a été modifiée par le Protocole adopté le 19 novembre 1976.

DIE VERTRAGSPARTEIEN DIESES PROTOKOLLS —

NACH PRÜFUNG des am 17. Dezember 1971 in Brüssel beschlossenen Internationalen Übereinkommens über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

**Artikel I**

Im Sinn dieses Protokolls haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. „Übereinkommen“ bedeutet das Internationale Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden,
2. „Haftungsübereinkommen“ hat dieselbe Bedeutung wie im Übereinkommen,
3. „Organisation“ hat dieselbe Bedeutung wie im Übereinkommen,
4. „Generalsekretär“ bedeutet den Generalsekretär der Organisation.

**Artikel II**

Artikel 1 Nummer 4 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Rechnungseinheit“ oder „Werteinheit“ bedeutet jeweils die Rechnungseinheit oder Werteinheit im Sinne des Artikels V des Haftungsübereinkommens in der durch das Protokoll vom 19. November 1976 geänderten Fassung.

## Article III

The amounts referred to in the Convention shall wherever they appear be amended as follows:

## (a) Article 4:

- (i) "450 million francs" is replaced by "30 million units of account or 450 million monetary units";
- (ii) "900 million francs" is replaced by "60 million units of account or 900 million monetary units".

## (b) In Article 5:

- (i) "1,500 francs" is replaced by "100 units of account or 1,500 monetary units";
- (ii) "125 million francs" is replaced by "8,333,000 units of account or 125 million monetary units";
- (iii) "2,000 francs" is replaced by "133 units of account or 2,000 monetary units";
- (iv) "210 million francs" is replaced by "14 million units of account or 210 million monetary units".

(c) In Article 11, "75 million francs" is replaced by "5 million units of account or 75 million monetary units"

(d) In Article 12, "15 million francs" is replaced by "1 million units of account or 15 million monetary units".

## Article IV

1. The present Protocol shall be open for signature by any State which has signed the Convention or acceded thereto and by any State invited to attend the Conference to Revise the Unit of Account Provisions in the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage, 1971, held in London from 17 to 19 November 1976. The Protocol shall be open for signature from 1 February 1977 to 31 December 1977 at the Headquarters of the Organization.

2. Subject to paragraph 4 of this Article, the present Protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval by the States which have signed it.

3. Subject to paragraph 4 of this Article, this Protocol shall be open for accession by States which did not sign it.

4. The present Protocol may be ratified, accepted, approved or acceded to by States Parties to the Convention.

## Article III

Partout où ils apparaissent, les montants visés dans la Convention sont modifiés comme suit:

## a) à l'article 4:

- i) «450 millions de francs» est remplacé par «30 millions d'unités de compte ou 450 millions d'unités monétaires»;
- ii) «900 millions de francs» est remplacé par «60 millions d'unités de compte ou 900 millions d'unités monétaires»;

## b) à l'article 5:

- i) «1 500 francs» est remplacé par «100 unités de compte ou 1 500 unités monétaires»;
- ii) «125 millions de francs» est remplacé par «8 333 000 unités de compte ou 125 millions d'unités monétaires»;
- iii) «2 000 francs» est remplacé par «133 unités de compte ou 2 000 unités monétaires»;
- iv) «210 millions de francs» est remplacé par «14 millions d'unités de compte ou 210 millions d'unités monétaires»;

c) à l'article 11, «75 millions de francs» est remplacé par «5 millions d'unités de compte ou 75 millions d'unités monétaires»;

d) à l'article 12, «15 millions de francs» est remplacé par «1 million d'unités de compte ou 15 millions d'unités monétaires».

## Article IV

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature de tout Etat qui a signé la Convention ou qui y a adhéré et de tout Etat invité à participer à la Conférence chargée de réviser les dispositions relatives à l'unité de compte dans la Convention internationale de 1971 portant création d'un fonds international d'indemnisation pour les dommages dus à la pollution par les hydrocarbures, qui s'est tenue à Londres du 17 au 19 novembre 1976. Le Protocole est ouvert à la signature du 1er février 1977 au 31 décembre 1977 au siège de l'Organisation.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4 du présent article, le présent Protocole est soumis à la ratification, à l'acceptation ou à l'approbation des Etats qui l'ont signé.

3. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4 du présent article, les Etats qui n'ont pas signé le présent Protocole peuvent y adhérer.

4. Les Etats Parties à la Convention peuvent ratifier, accepter ou approuver le présent Protocole, ou y adhérer.

## Artikel III

Die in dem Übereinkommen genannten Beträge werden dort, wo sie vorkommen, wie folgt geändert:

## a) Artikel 4:

- i) „450 Millionen Franken“ wird durch „30 Millionen Rechnungseinheiten oder 450 Millionen Werteinheiten“ ersetzt;
- ii) „900 Millionen Franken“ wird durch „60 Millionen Rechnungseinheiten oder 900 Millionen Werteinheiten“ ersetzt.

## b) Artikel 5:

- i) „1 500 Franken“ wird durch 100 Rechnungseinheiten oder 1 500 Werteinheiten“ ersetzt;
- ii) „125 Millionen Franken“ wird durch „8 333 000 Rechnungseinheiten oder 125 Millionen Werteinheiten“ ersetzt;
- iii) „2 000 Franken“ wird durch „133 Rechnungseinheiten oder 2 000 Werteinheiten“ ersetzt;
- iv) „210 Millionen Franken“ wird durch „14 Millionen Rechnungseinheiten oder 210 Millionen Werteinheiten“ ersetzt.

c) In Artikel 11 wird „75 Millionen Franken“ durch „5 Millionen Rechnungseinheiten oder 75 Millionen Werteinheiten“ ersetzt.

d) In Artikel 12 wird „15 Millionen Franken“ durch „1 Million Rechnungseinheiten oder 15 Millionen Werteinheiten“ ersetzt.

## Artikel IV

(1) Dieses Protokoll liegt für jeden Staat, der das Übereinkommen unterzeichnet hat oder ihm beigetreten ist, sowie für jeden Staat, der zur Teilnahme an der vom 17. bis 19. November 1976 in London abgehaltenen Konferenz zur Revision der Bestimmungen über die Rechnungseinheit in dem Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden eingeladen wurde, zur Unterzeichnung auf. Das Protokoll liegt vom 1. Februar 1977 bis zum 31. Dezember 1977 am Sitz der Organisation zur Unterzeichnung auf.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 4 bedarf dieses Protokoll der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Staaten, die es unterzeichnet haben.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 4 liegt dieses Protokoll für Staaten, die es nicht unterzeichnet haben, zum Beitritt auf.

(4) Die Vertragsparteien des Übereinkommens können dieses Protokoll ratifizieren, annehmen, genehmigen oder ihm beitreten.

## Article V

1. Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of a formal instrument to that effect with the Secretary-General.

2. Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after the entry into force of an amendment to the present Protocol with respect to all existing Parties or after the completion of all measures required for the entry into force of the amendment with respect to all existing Parties shall be deemed to apply to the Protocol as modified by the amendment.

## Article VI

1. The present Protocol shall enter into force for the States which have ratified, accepted, approved or acceded to it on the ninetieth day following the date on which the following requirements are fulfilled:

- (a) at least eight States have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession with the Secretary-General, and
- (b) the Secretary-General has received information in accordance with Article 39 of the Convention that those persons in such States who would be liable to contribute pursuant to Article 10 of the Convention have received during the preceding calendar year a total quantity of at least 750 million tons of contributing oil.

2. However, the present Protocol shall not enter into force before the Convention has entered into force.

3. For each State which subsequently ratifies, accepts, approves or accedes to it, the present Protocol shall enter into force on the ninetieth day after deposit by such State of the appropriate instrument.

## Article VII

1. The present Protocol may be denounced by any Party at any time after the date on which the Protocol enters into force for that Party.

2. Denunciation shall be effected by the deposit of an instrument with the Secretary-General.

3. Denunciation shall take effect one year, or such longer period as may be specified in the instrument of denunciation, after its deposit with the Secretary-General.

## Article V

1. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument en bonne et due forme à cet effet auprès du Secrétaire général.

2. Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, déposé après l'entrée en vigueur d'un amendement au présent Protocole à l'égard de toutes les Parties existantes ou après l'accomplissement de toutes les mesures requises pour l'entrée en vigueur de l'amendement à l'égard desdites Parties, est réputé s'appliquer au Protocole modifié par l'amendement.

## Article VI

1. Le présent Protocole entre en vigueur à l'égard des Etats qui l'ont ratifié, accepté ou approuvé, ou qui y ont adhéré, le quatre-vingt-dixième jour après la date à laquelle les conditions suivantes sont remplies:

- a) au moins huit Etats ont déposé un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion auprès du Secrétaire général, et
- b) le Secrétaire général a été informé, conformément à l'article 39 de la Convention, que les personnes qui seraient tenues, dans ces Etats, de contribuer au Fonds en application de l'article 10 de la Convention, ont reçu, au cours de l'année civile précédente au moins 750 millions de tonnes d'hydrocarbures donnant lieu à contribution.

2. Toutefois, le présent Protocole ne peut entrer en vigueur avant l'entrée en vigueur de la Convention.

3. Pour chacun des Etats qui ratifient, acceptent, approuvent le présent Protocole ou y adhèrent ultérieurement, celui-ci entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour après le dépôt par cet Etat de l'instrument approprié.

## Article VII

1. Le présent Protocole peut être dénoncé par l'une quelconque des Parties à tout moment à compter de la date à laquelle le Protocole entre en vigueur à l'égard de cette Partie.

2. La dénonciation s'effectue par le dépôt d'un instrument auprès du Secrétaire général.

3. La dénonciation prend effet un an après la date du dépôt de l'instrument auprès du Secrétaire général ou à l'expiration de toute période plus longue qui pourrait être spécifiée dans cet instrument.

## Artikel V

(1) Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer förmlichen Urkunde beim Generalsekretär.

(2) Jede Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde, die hinterlegt wird, nachdem eine Änderung dieses Protokolls für alle Vertragsparteien in Kraft getreten ist oder nachdem alle für das Inkrafttreten der Änderung für diese Vertragsparteien notwendigen Maßnahmen getroffen worden sind, gilt für das Protokoll in der geänderten Fassung.

## Artikel VI

(1) Dieses Protokoll tritt für die Staaten, die es ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben oder die ihm beigetreten sind, am neunzigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem folgende Erfordernisse erfüllt sind:

- a) mindestens acht Staaten haben eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär hinterlegt und
- b) der Generalsekretär hat nach Artikel 39 des Übereinkommens die Mitteilung erhalten, daß diejenigen Personen in diesen Staaten, die nach Artikel 10 des Übereinkommens Beiträge zu leisten haben würden, während des vorangegangenen Kalenderjahrs eine Gesamtmenge von mindestens 750 Millionen Tonnen beitragspflichtigen Ols erhalten haben.

(2) Dieses Protokoll tritt jedoch nicht vor Inkrafttreten des Übereinkommens in Kraft.

(3) Für jeden Staat, der dieses Protokoll später ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beiträgt, tritt es am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der entsprechenden Urkunde durch den betreffenden Staat in Kraft.

## Artikel VII

(1) Dieses Protokoll kann von jeder Vertragspartei jederzeit gekündigt werden, nachdem es für die betreffende Vertragspartei in Kraft getreten ist.

(2) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär.

(3) Die Kündigung wird nach Ablauf eines Jahres oder eines längeren in der Kündigungsurkunde genannten Zeitraums nach Hinterlegung der Urkunde beim Generalsekretär wirksam.

## Article VIII

1. A conference for the purpose of revising or amending the present Protocol may be convened by the Organization.

2. The Organization shall convene a Conference of Parties to the present Protocol for the purpose of revising or amending it at the request of not less than one-third of the Parties.

## Article IX

1. The present Protocol shall be deposited with the Secretary-General.

2. The Secretary-General shall:

(a) inform all States which have signed the present Protocol or acceded thereto of:

(i) each new signature or deposit of an instrument together with the date thereof;

(ii) the date of entry into force of the present Protocol;

(iii) the deposit of any instrument of denunciation of the present Protocol together with the date on which the denunciation takes effect;

(iv) any amendments to the present Protocol;

(b) transmit certified true copies of the present Protocol to all States which have signed the present Protocol or acceded thereto.

## Article X

As soon as this Protocol enters into force, a certified true copy thereof shall be transmitted by the Secretary-General to the Secretariat of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

## Article XI

The present Protocol is established in a single original in the English and French languages, both texts being equally authentic. Official translations in the Russian and Spanish languages shall be prepared by the Secretariat of the Organization and deposited with the signed original.

DONE AT LONDON this nineteenth day of November one thousand nine hundred and seventy-six.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned being duly authorized for that purpose have signed the present Protocol.

## Article VIII

1. L'Organisation peut convoquer une conférence ayant pour objet de réviser ou d'amender le présent Protocole.

2. L'Organisation convoque une conférence des Parties au présent Protocole ayant pour objet de le réviser ou de l'amender, à la demande du tiers au moins des Parties.

## Article IX

1. Le présent Protocole est déposé auprès du Secrétaire général.

2. Le Secrétaire général:

a) informe tous les Etats qui ont signé le présent Protocole ou y ont adhéré:

i) de toute signature nouvelle ou de tout dépôt d'instrument nouveau, ainsi que de la date à laquelle cette signature ou ce dépôt sont intervenus;

ii) de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole;

iii) du dépôt de tout instrument de dénonciation du présent Protocole, ainsi que de la date à laquelle la dénonciation prend effet;

iv) de tout amendement au présent Protocole;

b) transmet des copies certifiées conformes du présent Protocole à tous les Etats qui ont signé le présent Protocole ou y ont adhéré.

## Article X

Dès l'entrée en vigueur du présent Protocole, le Secrétaire général en transmet une copie certifiée conforme au Secréariat de l'Organisation des Nations Unies en vue de son enregistrement et de sa publication conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

## Article XI

Le présent Protocole est établi en un seul exemplaire original en langues anglaise et française, les deux textes faisant également foi. Le Secréariat de l'Organisation en prépare des traductions officielles en langues espagnole et russe qui sont déposées avec l'exemplaire original revêtu des signatures.

FAIT A LONDRES ce dix-neuf novembre mil neuf cent soixante-seize.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Protocole.

## Artikel VIII

(1) Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Protokolls einberufen.

(2) Die Organisation hat eine Konferenz der Vertragsparteien zur Revision oder Änderung des Protokolls einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Vertragsparteien dies verlangt.

## Artikel IX

(1) Dieses Protokoll wird beim Generalsekretär hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär

a) unterrichtet alle Staaten, die das Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind,

i) von jeder weiteren Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Urkunde unter Angabe des Zeitpunkts;

ii) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls;

iii) von der Hinterlegung jeder Urkunde zur Kündigung dieses Protokolls unter Angabe des Zeitpunkts, zu dem die Kündigung wirksam wird;

iv) von jeder Änderung dieses Protokolls;

b) übermittelt allen Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften des Protokolls.

## Artikel X

Sobald dieses Protokoll in Kraft tritt, übermittelt der Generalsekretär dem Sekretariat der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift des Protokolls zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

## Artikel XI

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Amtliche Übersetzungen in die russische und spanische Sprache werden vom Sekretariat der Organisation angefertigt und mit der unterzeichneten Urschrift hinterlegt.

GESCHEHEN ZU LONDON am 19. November 1976.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

**Protokoll**  
zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag  
im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)

**Protocol**  
to the Convention on the Contract  
for the International Carriage of Goods by Road (CMR)

**Protocole**  
à la Convention relative au contrat de transport international  
de marchandises par route (CMR)

(Übersetzung)

THE PARTIES TO THE PRESENT  
PROTOCOL,

BEING PARTIES to the Convention  
on the Contract for the International  
Carriage of Goods by Road (CMR),  
done at Geneva on 19 May 1956,

HAVE AGREED as follows:

**Article 1**

For the purpose of the present Protocol "Convention" means the Convention on the Contract for the International Carriage of Goods by Road (CMR).

**Article 2**

Article 23 of the Convention is amended as follows:

(1) Paragraph 3 is replaced by the following text:

"3. Compensation shall not, however, exceed 8.33 units of account per kilogram of gross weight short."

(2) At the end of this article the following paragraphs 7, 8 and 9 are added:

"7. The unit of account mentioned in this Convention is the Special Drawing Right as defined by the International Monetary Fund. The amount mentioned in paragraph 3 of this article shall be converted into the national currency of the State of the Court seized of the case on the basis of the value of that currency on the date of the judgement or the date agreed upon by the parties. The value of the national currency, in terms of the Special Drawing Right, of a State which is a member of the International Monetary Fund, shall be cal-

LES PARTIES AU PRESENT PRO-  
TOCOLE,

ETANT PARTIES à la Convention  
relative au contrat de transport inter-  
national de marchandises par route  
(CMR), en date, à Genève, du 19 mai  
1956,

SONT CONVENUES de ce qui suit:

**Article premier**

Aux fins du présent Protocole, «Convention» signifie la Convention relative au contrat de transport international de marchandises par route (CMR).

**Article 2**

L'article 23 de la Convention est modifié comme suit:

1) Le paragraphe 3 est remplacé par le texte suivant:

«3. Toutefois, l'indemnité ne peut dépasser 8,33 unités de compte par kilogramme du poids brut manquant.»

2) A la fin de cet article, les paragraphes 7, 8 et 9 suivants sont ajoutés:

«7. L'unité de compte mentionnée dans la présente Convention est le Droit de tirage spécial tel que défini par le Fonds monétaire international. Le montant visé au paragraphe 3 du présent article est converti dans la monnaie nationale de l'Etat dont relève le tribunal saisi du litige sur la base de la valeur de cette monnaie à la date du jugement ou à la date adoptée d'un commun accord par les parties. La valeur, en Droit de tirage spécial, de la monnaie nationale d'un Etat qui est membre du Fonds monétaire international, est calculée selon

DIE VERTRAGSPARTEIEN DIESES  
PROTOKOLLS —

ALS VERTRAGSPARTEIEN des am  
19. Mai 1956 in Genf beschlossenen  
Übereinkommens über den Beförde-  
rungsvertrag im internationalen Stra-  
ßengüterverkehr (CMR) —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOM-  
MEN:

**Artikel 1**

Im Sinn dieses Protokolls bedeutet „Übereinkommen“ das Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR).

**Artikel 2**

Artikel 23 des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

(1) Absatz 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„3. Die Entschädigung darf jedoch 8,33 Rechnungseinheiten für jedes fehlende Kilogramm des Rohgewichts nicht übersteigen.“

(2) Am Schluß dieses Artikels werden die folgenden Absätze 7, 8 und 9 hinzugefügt:

„7. Die in diesem Übereinkommen genannte Rechnungseinheit ist das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds. Der in Absatz 3 genannte Betrag wird in die Landeswährung des Staates des angerufenen Gerichts umgerechnet; die Umrechnung erfolgt entsprechend dem Wert der betreffenden Währung am Tag des Urteils oder an dem von den Parteien vereinbarten Tag. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Landeswährung eines Staates, der Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist, wird nach der

culated in accordance with the method of valuation applied by the International Monetary Fund in effect at the date in question for its operations and transactions. The value of the national currency, in terms of the Special Drawing Right, of a State which is not a member of the International Monetary Fund, shall be calculated in a manner determined by that State.

8. Nevertheless, a State which is not a member of the International Monetary Fund and whose law does not permit the application of the provisions of paragraph 7 of this article may, at the time of ratification of or accession to the Protocol to the CMR or at any time thereafter, declare that the limit of liability provided for in paragraph 3 of this article to be applied in its territory shall be 25 monetary units. The monetary unit referred to in this paragraph corresponds to 10/31 gram of gold of millesimal fineness nine hundred. The conversion of the amount specified in this paragraph into the national currency shall be made according to the law of the State concerned.

9. The calculation mentioned in the last sentence of paragraph 7 of this article and the conversion mentioned in paragraph 8 of this article shall be made in such a manner as to express in the national currency of the State as far as possible the same real value for the amount in paragraph 3 of this article as is expressed there in units of account. States shall communicate to the Secretary-General of the United Nations the manner of calculation pursuant to paragraph 7 of this article or the result of the conversion in paragraph 8 of this article as the case may be, when depositing an instrument referred to in article 3 of the Protocol to the CMR and whenever there is a change in either."

#### Final provisions

##### Article 3

1. This Protocol shall be open for signature by States which are signatories to, or have acceded to the Convention and are either members of the Economic Commission for Europe or have been admitted to that Commission in a consultative capacity under paragraph 8 of that Commission's terms of reference.

2. This Protocol shall remain open for accession by any of the States referred to in paragraph 1 of this article which are Parties to the Convention.

la méthode d'évaluation appliquée par le Fonds monétaire international à la date en question pour ses propres opérations et transactions. La valeur, en Droit de tirage spécial, de la monnaie nationale d'un Etat qui n'est pas membre du Fonds monétaire international, est calculée de la façon déterminée par cet Etat.

8. Toutefois, un Etat qui n'est pas membre du Fonds monétaire international et dont la législation ne permet pas d'appliquer les dispositions du paragraphe 7 du présent article peut, au moment de la ratification du Protocole à la CMR ou de l'adhésion à celui-ci, ou à tout moment ultérieur, déclarer que la limite de la responsabilité prévue au paragraphe 3 du présent article et applicable sur son territoire est fixée à 25 unités monétaires. L'unité monétaire dont il est question dans le présent paragraphe correspond à 10/31 de gramme d'or au titre de neuf cents millièmes de fin. La conversion en monnaie nationale du montant indiqué dans le présent paragraphe s'effectue conformément à la législation de l'Etat concerné.

9. Le calcul mentionné à la dernière phrase du paragraphe 7, et la conversion mentionnée au paragraphe 8, du présent article doivent être faits de façon à exprimer en monnaie nationale de l'Etat la même valeur réelle, dans la mesure du possible, que celle exprimée en unités de compte au paragraphe 3 du présent article. Lors du dépôt d'un instrument visé à l'article 3 du Protocole à la CMR et chaque fois qu'un changement se produit dans leur méthode de calcul ou dans la valeur de leur monnaie nationale par rapport à l'unité de compte ou à l'unité monétaire, les Etats communiquent au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies leur méthode de calcul conformément au paragraphe 7, ou les résultats de la conversion conformément au paragraphe 8, du présent article, selon le cas.»

#### Dispositions finales

##### Article 3

1. Le présent Protocole sera ouvert à la signature des Etats qui sont signataires de la Convention ou y ont adhéré et qui sont soit membres de la Commission économique pour l'Europe, soit admis à cette Commission à titre consultatif conformément au paragraphe 8 du mandat de cette Commission.

2. Le présent Protocole restera ouvert à l'adhésion de tout Etat visé au paragraphe 1 du présent article et qui est Partie à la Convention.

vom Internationalen Währungsfonds angewendeten Bewertungsmethode errechnet, die an dem betreffenden Tag für seine Operationen und Transaktionen gilt. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Landeswährung eines Staates, der nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist, wird auf eine von diesem Staat bestimmte Weise errechnet.

8. Dessenungeachtet kann ein Staat, der nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist und dessen Recht die Anwendung des Absatzes 7 nicht zuläßt, bei der Ratifikation des Protokolls zum CMR oder dem Beitritt zu jenem Protokoll oder jederzeit danach erklären, daß sich der in seinem Hoheitsgebiet geltende Haftungshöchstbetrag des Absatzes 3 auf 25 Werteinheiten beläuft. Die in diesem Absatz genannte Werteinheit entspricht 10/31 Gramm Gold von 900/1000 Feingehalt. Die Umrechnung des Betrags nach diesem Absatz in die Landeswährung erfolgt nach dem Recht des betreffenden Staates.

9. Die in Absatz 7 letzter Satz genannte Berechnung und die in Absatz 8 genannte Umrechnung erfolgen in der Weise, daß der Betrag nach Absatz 3, in der Landeswährung des Staates ausgedrückt, soweit wie möglich dem dort in Rechnungseinheiten ausgedrückten tatsächlichen Wert entspricht. Die Staaten teilen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Art der Berechnung nach Absatz 7 oder das Ergebnis der Umrechnung nach Absatz 8 bei der Hinterlegung einer der in Artikel 3 des Protokolls zum CMR genannten Urkunden sowie immer dann mit, wenn sich die Berechnungsart oder das Umrechnungsergebnis ändert."

#### Schlußbestimmungen

##### Artikel 3

(1) Dieses Protokoll liegt für Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind und die entweder Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission für Europa oder nach Absatz 8 des der Kommission erteilten Auftrages in beratender Eigenschaft zu der Kommission zugelassen sind, zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Protokoll liegt für die in Absatz 1 bezeichneten Staaten, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind, zum Beitritt auf.

3. Such States as may participate in certain activities of the Economic Commission for Europe in accordance with paragraph 11 of that Commission's terms of reference which have acceded to the Convention may become Contracting Parties to this Protocol by acceding thereto after its entry into force.

4. This Protocol shall be open for signature at Geneva from 1 September 1978 to 31 August 1979 inclusive. Thereafter, it shall be open for accession.

5. This Protocol shall be subject to ratification after the State concerned has ratified or acceded to the Convention.

6. Ratification or accession shall be effected by the deposit of an instrument with the Secretary-General of the United Nations.

7. Any instrument of ratification or accession deposited after the entry into force of an amendment to the present Protocol with respect to all Contracting Parties or after the completion of all measures required for the entry into force of the amendment with respect to all Contracting Parties shall be deemed to apply to the Protocol as modified by the amendment.

#### Article 4

1. This Protocol shall enter into force on the ninetieth day after five of the States referred to in article 3, paragraphs 1 and 2 of this Protocol, have deposited their instruments of ratification or accession.

2. For any State ratifying or acceding to it after five States have deposited their instruments of ratification or accession, this Protocol shall enter into force on the ninetieth day after the said State has deposited its instrument of ratification or accession.

#### Article 5

1. Any Contracting Party may denounce this Protocol by so notifying the Secretary-General of the United Nations.

2. Denunciation shall take effect twelve months after the date of receipt by the Secretary-General of the notification of denunciation.

3. Any Contracting Party which ceases to be Party to the Convention shall on the same date cease to be Party to this Protocol.

#### Article 6

If, after the entry into force of this Protocol, the number of Contracting Parties is reduced, as a result of denunciations, to less than five, this

3. Les Etats susceptibles de participer à certains travaux de la Commission économique pour l'Europe en application du paragraphe 11 du mandat de cette Commission et qui ont adhéré à la Convention peuvent devenir Parties contractantes au présent Protocole en y adhérant après son entrée en vigueur.

4. Le présent Protocole sera ouvert à la signature à Genève du 1er septembre 1978 au 31 août 1979 inclus. Après cette date, il sera ouvert à l'adhésion.

5. Le présent Protocole est sujet à ratification après que l'Etat concerné aura ratifié la Convention ou y aura adhéré.

6. La ratification ou l'adhésion sera effectuée par le dépôt d'un instrument auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

7. Tout instrument de ratification ou d'adhésion, déposé après l'entrée en vigueur d'un amendement au présent Protocole à l'égard de toutes les Parties contractantes ou après l'accomplissement de toutes les mesures requises pour l'entrée en vigueur de l'amendement à l'égard desdites Parties, est réputé s'appliquer au Protocole modifié par l'amendement.

#### Article 4

1. Le présent Protocole entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour après que cinq des Etats mentionnés aux paragraphes 1 et 2 de l'article 3 du présent Protocole auront déposé leur instrument de ratification ou d'adhésion.

2. Pour chaque Etat qui le ratifiera ou y adhèrera après que cinq Etats auront déposé leur instrument de ratification ou d'adhésion, le présent Protocole entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suivra le dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion dudit Etat.

#### Article 5

1. Chaque Partie contractante pourra dénoncer le présent Protocole par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

2. La dénonciation prendra effet douze mois après la date à laquelle le Secrétaire général en aura reçu notification.

3. Toute Partie contractante qui cessera d'être Partie à la Convention cessera à la même date d'être Partie au présent Protocole.

#### Article 6

Si, après l'entrée en vigueur du présent Protocole, le nombre de Parties contractantes se trouve, par suite de dénonciations, ramené à moins de

(3) Staaten, die nach Absatz 11 des der Wirtschaftskommission für Europa erteilten Auftrages berechtigt sind, an bestimmten Arbeiten der Kommission teilzunehmen, und die dem Übereinkommen beigetreten sind, können Vertragsparteien dieses Protokolls werden, indem sie ihm nach seinem Inkrafttreten beitreten.

(4) Dieses Protokoll liegt vom 1. September 1978 bis zum 31. August 1979 in Genf zur Unterzeichnung auf. Danach liegt es zum Beitritt auf.

(5) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, nachdem der betreffende Staat das Übereinkommen ratifiziert hat oder ihm beigetreten ist.

(6) Die Ratifikation oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

(7) Jede Ratifikations- oder Beitrittsurkunde, die hinterlegt wird, nachdem eine Änderung dieses Protokolls für alle Vertragsparteien in Kraft getreten ist oder nachdem alle für das Inkrafttreten der Änderung für diese Vertragsparteien notwendigen Maßnahmen getroffen worden sind, gilt für das Protokoll in der geänderten Fassung.

#### Artikel 4

(1) Dieses Protokoll tritt am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden durch fünf der in Artikel 3 Absätze 1 und 2 bezeichneten Staaten in Kraft.

(2) Dieses Protokoll tritt für jeden Staat, der es nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden durch fünf Staaten ratifiziert oder ihm beitrifft, am neunzigsten Tag nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

#### Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Protokoll durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird zwölf Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(3) Eine Vertragspartei, die aufhört, Vertragspartei des Übereinkommens zu sein, hört damit auch auf, Vertragspartei dieses Protokolls zu sein.

#### Artikel 6

Sinkt durch Kündigungen die Anzahl der Vertragsparteien nach Inkrafttreten dieses Protokolls auf weniger als fünf, so tritt das Protokoll

Protocol shall cease to be in force from the date on which the last of such denunciations takes effect. It shall also cease to be in force from the date on which the Convention ceases to be in force.

#### Article 7

1. Any State may, at the time of depositing its instrument of ratification or accession or at any time thereafter, declare by a notification addressed to the Secretary-General of the United Nations that this Protocol shall extend to all or any of the territories for whose international relations it is responsible and in respect of which it has made a declaration in accordance with article 46 of the Convention. This Protocol shall extend to the territory or territories named in the notification as from the ninetieth day after its receipt by the Secretary-General or, if on that day the Protocol has not yet entered into force, as from the time of its entry into force.

2. Any State which has made a declaration under the preceding paragraph extending this Protocol to any territory for whose international relations it is responsible may denounce the Protocol separately in respect of that territory in accordance with the provisions of article 5 above.

#### Article 8

Any dispute between two or more Contracting Parties relating to the interpretation or application of this Protocol which the Parties are unable to settle by negotiation or other means may, at the request of any one of the Contracting Parties concerned, be referred for settlement to the International Court of Justice.

#### Article 9

1. Each Contracting Party may, at the time of signing, ratifying, or acceding to this Protocol, declare by a notification addressed to the Secretary-General of the United Nations that it does not consider itself bound by article 8 of this Protocol. Other Contracting Parties shall not be bound by article 8 of this Protocol in respect of any Contracting Party which has entered such a reservation.

2. The declaration referred to in paragraph 1 of this article may be withdrawn at any time by a notification addressed to the Secretary-General of the United Nations.

cing, le présent Protocole cessera d'être en vigueur à partir de la date à laquelle la dernière de ces dénonciations prendra effet. Il cessera également d'être en vigueur à partir de la date à laquelle la Convention elle-même cessera d'être en vigueur.

#### Article 7

1. Tout Etat pourra, lors du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion ou à tout moment ultérieur, déclarer, par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, que le présent Protocole sera applicable à tout ou partie des territoires qu'il représente sur le plan international et pour lesquels il a fait une déclaration conformément à l'article 46 de la Convention. Le présent Protocole sera applicable au territoire ou aux territoires mentionnés dans la notification à dater du quatre-vingt-dixième jour après réception de cette notification par le Secrétaire général ou, si à ce jour le Protocole n'est pas encore entré en vigueur, à dater de son entrée en vigueur.

2. Tout Etat qui aura fait, conformément au paragraphe précédent, une déclaration ayant pour effet de rendre le présent Protocole applicable à un territoire qu'il représente sur le plan international pourra, conformément à l'article 5 ci-dessus, dénoncer le Protocole séparément en ce qui concerne ledit territoire.

#### Article 8

Tout différend entre deux ou plusieurs Parties contractantes touchant l'interprétation ou l'application du présent Protocole que les Parties n'auraient pu régler par voie de négociations ou par un autre mode de règlement pourra être porté, à la requête d'une quelconque des Parties contractantes intéressées, devant la Cour internationale de Justice, pour être tranché par elle.

#### Article 9

1. Chaque Partie contractante pourra, au moment où elle signera ou ratifiera le présent Protocole ou y adhèrera, déclarer par une notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qu'elle ne se considère pas liée par l'article 8 du présent Protocole. Les autres Parties contractantes ne seront pas liées par l'article 8 envers toute Partie contractante qui aura formulé une telle réserve.

2. La déclaration visée au paragraphe 1 du présent article pourra être retirée à tout moment par une notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

mit dem Tag außer Kraft, an dem die letzte dieser Kündigungen wirksam wird. Es tritt auch mit dem Tag außer Kraft, an dem das Übereinkommen außer Kraft tritt.

#### Artikel 7

(1) Jeder Staat kann bei der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation erklären, daß dieses Protokoll für alle oder für einen Teil der Hoheitsgebiete gelten soll, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt und hinsichtlich deren er eine Erklärung nach Artikel 46 des Übereinkommens abgegeben hat. Das Protokoll wird für das oder die in der Notifikation genannten Hoheitsgebiete am neunzigsten Tag nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär der Vereinten Nationen oder, falls das Protokoll noch nicht in Kraft getreten ist, mit seinem Inkrafttreten wirksam.

(2) Jeder Staat, der nach Absatz 1 erklärt hat, daß dieses Protokoll für ein Hoheitsgebiet gelten soll, dessen internationale Beziehungen er wahrnimmt, kann das Protokoll allein für dieses Hoheitsgebiet nach Artikel 5 kündigen.

#### Artikel 8

Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Protokolls, welche die Parteien nicht durch Verhandlungen oder auf anderem Weg beilegen können, kann auf Antrag einer der beteiligten Vertragsparteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung unterbreitet werden.

#### Artikel 9

(1) Jede Vertragspartei kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation dieses Protokolls oder beim Beitritt zu diesem durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation erklären, daß sie sich durch Artikel 8 nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsparteien sind gegenüber einer Vertragspartei, die einen solchen Vorbehalt gemacht hat, durch Artikel 8 nicht gebunden.

(2) Eine Erklärung nach Absatz 1 kann jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation zurückgezogen werden.

3. No other reservation to this Protocol shall be permitted.

3 Aucune autre réserve au présent Protocole ne sera admise.

(3) Andere Vorbehalte zu diesem Protokoll sind nicht zulässig.

#### Article 10

1. After this Protocol has been in force for three years, any Contracting Party may, by notification to the Secretary-General of the United Nations, request that a conference be convened for the purpose of reviewing this Protocol. The Secretary-General shall notify all Contracting Parties of the request and a review conference shall be convened by the Secretary-General if, within a period of four months following the date of notification by the Secretary-General not less than one-fourth of the Contracting Parties notify him of their concurrence with the request.

2. If a conference is convened in accordance with the preceding paragraph, the Secretary-General shall notify all the Contracting Parties and invite them to submit within a period of three months such proposals as they may wish the Conference to consider. The Secretary-General shall circulate to all Contracting Parties the provisional agenda for the conference together with the texts of such proposals at least three months before the date on which the Conference is to meet.

3. The Secretary-General shall invite to any conference convened in accordance with this article all States referred to in article 3, paragraphs 1 and 2 and States which have become Contracting Parties under article 3, paragraph 3 of this Protocol.

#### Article 10

1. Après que le présent Protocole aura été en vigueur pendant trois ans, toute Partie contractante pourra, par notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, demander la convocation d'une conférence à l'effet de réviser le présent Protocole. Le Secrétaire général notifiera cette demande à toutes les Parties contractantes et convoquera une conférence de révision si, dans un délai de quatre mois à dater de la notification adressée par lui, le quart au moins des Parties contractantes lui signifient leur assentiment à cette demande.

2. Si une conférence est convoquée conformément au paragraphe précédent, le Secrétaire général en avisera toutes les Parties contractantes et les invitera à présenter, dans un délai de trois mois, les propositions qu'elles souhaiteraient voir examiner par la Conférence. Le Secrétaire général communiquera à toutes les Parties contractantes l'ordre du jour provisoire de la Conférence, ainsi que le texte de ces propositions, trois mois au moins avant la date d'ouverture de la Conférence.

3. Le Secrétaire général invitera à toute conférence convoquée conformément au présent article tous les Etats visés aux paragraphes 1 et 2 de l'article 3, ainsi que les Etats devenus Parties contractantes en application du paragraphe 3 de l'article 3 du présent Protocole.

#### Artikel 10

(1) Nachdem dieses Protokoll drei Jahre lang in Kraft gewesen ist, kann jede Vertragspartei durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation die Einberufung einer Konferenz zur Revision des Protokolls beantragen. Der Generalsekretär notifiziert diesen Antrag allen Vertragsparteien und beruft eine solche Konferenz ein, wenn binnen vier Monaten nach der von ihm vorgenommenen Notifikation mindestens ein Viertel der Vertragsparteien ihm ihre Zustimmung zu dem Antrag mitteilt.

(2) Wird eine Konferenz nach Absatz 1 einberufen, so teilt der Generalsekretär dies allen Vertragsparteien mit und fordert sie auf, binnen drei Monaten die Vorschläge einzureichen, die sie durch die Konferenz prüfen lassen wollen. Der Generalsekretär übermittelt allen Vertragsparteien mindestens drei Monate vor Eröffnung der Konferenz deren vorläufige Tagesordnung sowie den Wortlaut der Vorschläge.

(3) Der Generalsekretär lädt zu jeder nach diesem Artikel einberufenen Konferenz alle in Artikel 3 Absätze 1 und 2 bezeichneten Staaten sowie die Staaten ein, die auf Grund des Artikels 3 Absatz 3 Vertragsparteien geworden sind.

#### Article 11

In addition to the notifications provided for in article 10, the Secretary-General of the United Nations shall notify the States referred to in article 3, paragraphs 1 and 2, of this Protocol and the States which have become Contracting Parties under article 3, paragraph 3, of this Protocol, of:

- (a) ratifications and accessions under article 3;
- (b) the dates of entry into force of this Protocol in accordance with article 4;
- (c) communications received under article 2, paragraph (2);
- (d) denunciations under article 5;
- (e) the termination of this Protocol in accordance with article 6;
- (f) notifications received in accordance with article 7;
- (g) declarations and notifications received in accordance with article 9, paragraphs 1 and 2.

#### Article 11

Outre les notifications prévues à l'article 10, le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies notifiera aux Etats visés aux paragraphes 1 et 2 de l'article 3, ainsi qu'aux Etats devenus Parties contractantes en application du paragraphe 3 de l'article 3 du présent Protocole:

- a) les ratifications et adhésions en vertu de l'article 3,
- b) les dates auxquelles le présent Protocole entrera en vigueur conformément à l'article 4,
- c) les communications reçues en vertu de l'alinéa 2) de l'article 2,
- d) les dénonciations en vertu de l'article 5,
- e) l'abrogation du présent Protocole conformément à l'article 6,
- f) les notifications reçues conformément à l'article 7,
- g) les déclarations et notifications reçues conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 9.

#### Artikel 11

Außer den in Artikel 10 vorgesehenen Notifikationen notifiziert der Generalsekretär der Vereinten Nationen den in Artikel 3 Absätze 1 und 2 bezeichneten Staaten sowie den Staaten, die auf Grund des Artikels 3 Absatz 3 Vertragsparteien geworden sind,

- a) die Ratifikationen und Beitritte nach Artikel 3;
- b) die Zeitpunkte, zu denen dieses Protokoll nach Artikel 4 in Kraft tritt;
- c) den Eingang der Mitteilungen nach Artikel 2 Absatz 2;
- d) die Kündigungen nach Artikel 5;
- e) das Außerkrafttreten dieses Protokolls nach Artikel 6;
- f) den Eingang der Notifikationen nach Artikel 7;
- g) den Eingang der Erklärungen und Notifikationen nach Artikel 9 Absätze 1 und 2.

## Article 12

After 31 August 1979, the original of this Protocol shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit certified true copies to each of the States mentioned in article 3, paragraphs 1, 2 and 3 of this Protocol.

DONE at Geneva, this fifth day of July one thousand nine hundred and seventy-eight, in a single copy in the English and French languages, each text being equally authentic.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Protocol in the name of

## Article 12

Après le 31 août 1979, l'original du présent Protocole sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui en transmettra des copies certifiées conformes à chacun des Etats visés aux paragraphes 1, 2 et 3 de l'article 3 du présent Protocole.

FAIT a Genève, le cinq juillet mil neuf cent soixante-dix-huit, en un seul exemplaire, en langues anglaise et française, les deux textes faisant également foi.

EN FOI DE QUOI les soussignés, à ce dûment autorisés, ont signé le présent Protocole au nom

## Artikel 12

Nach dem 31. August 1979 wird die Urschrift dieses Protokolls beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt allen in Artikel 3 Absätze 1, 2 und 3 bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften.

GESCHEHEN zu Genf am 5. Juli 1978, in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben im Namen von

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens  
zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Immunitäten der Staatsschiffe  
Vom 20. Mai 1980**

Das Internationale Abkommen vom 10. April 1926 zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Immunitäten der Staatsschiffe (RGBl. 1927 II S. 483) und das Zusatzprotokoll vom 24. Mai 1934 hierzu (RGBl. 1936 II S. 303) sind nach Artikel 12 des Abkommens für das

Vereinigte Königreich am 3. Januar 1980

mit der Maßgabe nach Artikel 11 des Abkommens, daß sich die Anwendung des Abkommens und des Zusatzprotokolls nicht auf die nachstehend aufgeführten Gebiete erstreckt:

Jersey, Guernsey, Insel Man, Bermuda, Britisches Territorium im Indischen Ozean, Gibraltar

in Kraft getreten.

Das Vereinigte Königreich hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Vorbehalte eingelegt:

(Übersetzung)

"We reserve the right to apply Article 1 of the Convention to any claim in respect of a ship which falls within the Admiralty jurisdiction of Our courts, or of Our courts in any territory in respect of which We are party to the Convention.

„Wir behalten uns das Recht vor, Artikel 1 des Abkommens auf alle Ansprüche in bezug auf Schiffe anzuwenden, die der Seegerichtsbarkeit unserer Gerichte oder unserer Gerichte in einem Hoheitsgebiet unterliegen, für das wir Vertragspartei des Abkommens sind.

We reserve the right, with respect to Article 2 of the Convention, to apply in proceedings concerning another High Contracting Party or ship of another High Contracting Party the rules of procedure set out in Chapter II of the European Convention on State Immunity, signed at Basle on the Sixteenth day of May, in the Year of Our Lord One thousand Nine hundred and Seventy-two.

In order to give effect to the terms of any international agreement with a non-Contracting State, We reserve the right to make special provision

- (a) as regards the delay or arrest of a ship or cargo belonging to such a State, and
- (b) to prohibit seizure of or execution against such a ship or cargo."

Zu Artikel 2 des Abkommens behalten wir uns das Recht vor, in Verfahren, die eine andere Hohe Vertragspartei oder ein Schiff einer anderen Hohen Vertragspartei betreffen, die Verfahrensvorschriften anzuwenden, die in Kapitel II des am 16. Mai 1972 in Basel unterzeichneten Europäischen Übereinkommens über Staatenimmunität enthalten sind.

Um den Bestimmungen einer internationalen Übereinkunft mit einem Nichtvertragsstaat Wirksamkeit zu verleihen, behalten wir uns das Recht vor, besondere Vorkehrungen zu treffen

- a) hinsichtlich des Aufhaltens oder des Arrests von Schiffen oder Ladungen, die einem solchen Staat gehören, und
- b) um die Beschlagnahme solcher Schiffe oder Ladungen oder die Zwangsvollstreckung in diese zu verbieten."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. September 1976 (BGBl. II S. 1696).

Bonn, den 20. Mai 1980

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung  
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 21. Mai 1980**

In Nouakchott ist am 31. März 1980 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 31. März 1980

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 21. Mai 1980

Der Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Im Auftrag  
Dr. Moltrecht

## Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Mauretanien,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Islamischen Republik Mauretanien beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

### Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien oder einem anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben Portalkran Nouakchott, ein Darlehen bis zu 600 000,00 DM (in Worten: sechshunderttausend Deutsche Mark) aufzunehmen.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

### Artikel 2

(1) Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

### Artikel 3

Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Islamischen Republik Mauretanien erhoben werden.

### Artikel 4

Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

### Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

### Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

### Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

### Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Nouakchott am 31. März 1980 in zwei  
Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei  
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Zagorski

Für die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien  
Ahmed Ould Zein

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
der Europäischen Ordnung der Sozialen Sicherheit und  
des Protokolls zur Europäischen Ordnung der Sozialen Sicherheit  
Vom 21. Mai 1980**

Die Europäische Ordnung der Sozialen Sicherheit vom 16. April 1964 (BGBl. 1970 II S. 909) wird nach ihrem Artikel 77 Abs. 3, das Protokoll vom 16. April 1964 zur Europäischen Ordnung der Sozialen Sicherheit (BGBl. 1970 II S. 909, 949) nach seinem Abschnitt III Abs. 3 für die

Türkei am 8. März 1981

– nach Artikel 3 der Ordnung mit Übernahme der Verpflichtungen aus ihren Teilen II, III, V, VI, VIII, IX und X –

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Februar 1978 (BGBl. II S. 245).

Bonn, den 21. Mai 1980

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung  
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Mali  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 22. Mai 1980**

In Bamako ist am 28. März 1980 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 28. März 1980

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 22. Mai 1980

Der Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Im Auftrag  
Dr. Moltrecht

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Mali  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Republik Mali –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mali,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Mali beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Mali, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Erneuerung der Flußflotte“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, einen Finanzierungsbeitrag bis zu 6 Millionen DM (in Worten: sechs Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali durch andere Vorhaben ersetzt werden.

**Artikel 2**

Die Verwendung des Finanzierungsbeitrags sowie die Bedingungen, zu denen er gewährt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Regierung der Republik Mali zu schließende Finanzierungsvertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

**Artikel 3**

Die Regierung der Republik Mali stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffent-

lichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Finanzierungsvertrages in Mali erhoben werden.

**Artikel 4**

Die Regierung der Republik Mali überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

**Artikel 5**

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden, sind beschränkt auf den deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

**Artikel 6**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

**Artikel 7**

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Mali innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

**Artikel 8**

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bamako am 28. März 1980 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Dr. Ehrhard Holtermann

Für die Regierung der Republik Mali  
Boubacar Diallo

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des deutsch-luxemburgischen Abkommens  
über verschiedene Fragen der Sozialen Sicherheit**

**Vom 29. Mai 1980**

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 27. August 1979 zu dem Abkommen vom 20. Juli 1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg über verschiedene Fragen der Sozialen Sicherheit (BGBl. 1979 II S. 953) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 10 Abs. 2

am 1. Juli 1980

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden sind am 19. Mai 1980 in Bonn ausgetauscht worden.

Bonn, den 29. Mai 1980

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Verbeek

---

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten der Verordnung und des deutsch-dänischen Abkommens  
über den Verzicht auf die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen  
bei Krankheit, Mutterschaft, Arbeitsunfall und Berufskrankheit,  
der Leistungen an Arbeitslose sowie der Kosten  
für verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrollen**

**Vom 29. Mai 1980**

Auf Grund des Artikels 5 Abs. 3 der Verordnung vom 18. Dezember 1979 zu dem Abkommen vom 27. April 1979 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Dänemark über den Verzicht auf die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen bei Krankheit, Mutterschaft, Arbeitsunfall und Berufskrankheit, der Leistungen an Arbeitslose sowie der Kosten für verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrollen (BGBl. 1979 II S. 1344) wird bekanntgemacht, daß die Verordnung nach ihrem Artikel 5 Abs. 1

am 1. April 1980

in Kraft getreten ist.

Am selben Tage ist nach seinem Artikel 6 Abs. 1 das deutsch-dänische Abkommen vom 27. April 1979 in Kraft getreten.

Bonn, den 29. Mai 1980

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Verbeek

**Herausgeber:** Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

**Bezugsbedingungen:** Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

**Bezugspreis:** Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,- DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postcheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

**Preis dieser Ausgabe:** 3,- DM (2,40 DM zuzüglich –60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,50 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

### **Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe**

**Vom 2. Juni 1980**

Das Einheits-Übereinkommen von 1961 über Suchtstoffe (BGBl. 1973 II S. 1353) ist nach seinem Artikel 41 Abs. 2 für

Liechtenstein am 30. November 1979  
in Kraft getreten.

Unter Bezugnahme auf den Wortlaut des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe in der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen gemäß Artikel 22 Satz 2 des Protokolls vom 25. März 1972 zur Änderung des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe übermittelten Fassung (BGBl. 1977 II S. 111) hat Liechtenstein nach Absatz 4 der Vorbemerkung zu dieser Neufassung im Zusammenhang mit der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde erklärt, daß es sich nur als Vertragspartei des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe in seiner ursprünglichen, nicht geänderten Fassung betrachtet.

Liechtenstein hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde ferner nach Artikel 44 Abs. 2 des Einheits-Übereinkommens erklärt, daß Artikel 9 des am 26. Juni 1936 in Genf unterzeichneten Abkommens zur Unterdrückung des unerlaubten Handels mit Betäubungsmitteln für Liechtenstein weiterhin in Kraft bleibt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. Dezember 1979 (BGBl. II S. 1331).

Bonn, den 2. Juni 1980

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer